

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner in den Annoncen-Expeditionen ...

Posener Zeitung Hundertunddritter Jahrgang.

Bl. 385

Donnerstag, 4. Juni.

1896

Deutscher Reichstag.

96 Sitzung vom 3 Juni, 2 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinstimmen gestattet.) Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs betr. das Vereins- und Versammlungsrecht ...

recht aufzunehmen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Da wäre etwas Schönes herausgekommen!) Damals waren sämtliche Regierungen der Meinung, daß es sich nicht empfiehlt, diesen Weg zu beschreiten ...

brochen werden, das verlangen wir vom Vereins- und Versammlungsrecht. Der Staatssekretär sagt, die Schließung der sozialdemokratischen Wahlvereine sei eine preußische Maßregel ...



Verfassung das preussische Verfassungsrecht angeklagt war. Sorgen Sie dafür, daß das 19. Jahrhundert nicht zu Ende geht, ohne daß wir ein Verfassungsrecht haben, das den heutigen Verhältnissen entspricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.): Ueber den von dem Vorredner erwähnten Fall in Hannover bin ich nicht in der Lage, eine Auskunft zu geben. Auch ich halte es für wünschenswert, daß wir ein Verfassungsrecht für ganz Deutschland bekommen. Das ist ein politisch gerechtfertigter Wunsch, zu dessen Erfüllung die Verfassung auch die Möglichkeit giebt. Aber die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete sind sehr groß wegen der weit auseinandergehenden Forderungen der verschiedenen politischen Parteien. So glaube ich z. B. kaum, daß die §§ 3 und 8 des vorliegenden Gesetzentwurfs die Zustimmung der Regierungen finden. Ich sehe keine Möglichkeit, wie man unter den jetzigen Verhältnissen bei der Schwierigkeit der Materie zu einer Verständigung zwischen der Mehrheit des Reichstags und den verbündeten Regierungen kommt; trotzdem werden meine Freunde für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) erklärt, daß es sehr wünschenswert sei, wenn der Reichstag einen solchen Gesetzentwurf annähme, dann würden vorausichtlich auch die Bedenken der verbündeten Regierungen schwinden. Seine Freunde würden den Beschlüssen der Kommission zustimmen.

Abg. Stolte (Soz.) betont nochmals, daß die verbündeten Regierungen verpflichtet seien, das Verfassungsrecht für das Reich einheitlich zu regeln, und führt verschiedene Fälle an, wo die sächsischen Behörden in rigoroser Weise gegen nichtpolitische Vereine vorgegangen sind.

Abg. Penzmann (Frel. Volksp.): Zum ersten Male seit vierzehn Jahren ist ein Ausdruck von mir vom Präsidenten gerügt worden. Und auch dies wäre wohl nicht geschehen, wenn ich statt „höflich“, „absichtlich“ gesagt hätte. Denn es ist doch zweifellos, daß die Regierungen absichtlich kein Verfassungsrecht eingebracht haben, weil sie sich ihre Volksherrschaft nicht verkürzen lassen wollen. Bezüglich des Artikels 4 kann ich für meine Ansicht auch das Gutachten hervorragender Staatsrechtslehrten anführen. So lange die Regierungen uns nicht ein Verfassungsrecht vorlegen, ist es ihnen nicht ernst mit der moralischen Verpflichtung, die ihnen die Verfassung auferlegt. Deshalb der große Staatsmann v. Bennigsen gerade die §§ 3 und 8 herausgeriffen hat, die doch nur eine redaktionelle Aenderung des preussischen Verfassungsrechts sind, begreife ich nicht. Wenn es nach den Nationalliberalen angeht, kriegen wir überhaupt kein Verfassungsrecht. (Beifall links.)

Abg. Dr. Förster (Antik.) erklärt sich für den Entwurf. Es sei Zeit, dem Wirrwarr ein Ende zu machen.

Abg. Richter betont, daß dem Minister v. Boetticher und seinen Kommissaren zu jeder Kommissionssitzung Einladungen zugegangen seien. Der Abg. Auer habe gesagt, die Partei des Redners würde von der Bildfläche verschwinden, wenn sie ebenso unterdrückt würde, wie die Sozialdemokraten. Herr Auer ist ja ein großer Prophet, aber in diesem Falle hat er doch getrrt. Umgekehrt, wenn die Regierung durch die Unterdrückung der Sozialdemokratie nicht die Rolle säbe; die sie garnicht verdient, so würden die Reihen dieser Partei dezimirt. Fordern Sie doch einmal die Regierung auf, daß sie auch uns unterdrückt! (Heiterkeit.) Dann würden sich unsere Reihen verthärten. Freilich, Ihnen gegenüber (zu den Soz.) sind wir ja nur Schwachmächte. (Große Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Debatte.

Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. Pieber (Str.), daß seine Partei für § 1 stimmen wird, nicht, weil sie damit ohne Weiteres einverstanden sei, sondern nur, um die Möglichkeit offen zu halten, bis zur dritten Lesung eine bessere Fassung zu finden.

Hierauf wird § 1 des Entwurfs gegen die Stimmen der Rechten angenommen, ebenso § 2 und 3 (Vollzeitliche Anmeldung von Versammlungen).

§ 4 lautet: „Alle Deutschen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. Die Verbindung solcher Gesellschaften untereinander ist zulässig.“

Abg. Bebel (Soz.) polemisiert gegen den Abg. von Bennigsen, weil dieser allgemeine Arbeiterorganisationen in Hannover als politische Vereine erklärt habe. Ingegnen der Vereinigung der Buntkünstler hat in Hannover ein Vertreter des Reichspräsidenten öffentlich Lob gesprochen. Wenn es im Hause einen Mann giebt, der den § 8 des preussischen Verfassungsrechts übertreten hat, so ist es gerade Herr von Bennigsen in seiner Eigenschaft als Mitglied des Central-Ausschusses der nationalliberalen Partei. Hier war die Organisation genau dieselbe wie bei uns. Jetzt hat dieser Ausschuss allerdings ein Zirkular erlassen mit Vorbehalten, wie man den § 8 umgehen könne (Heiterkeit). Redner verliest das Zirkular. Denselben Vorstoß gegen das Verfassungsrecht haben Herr v. Mantuffel und andere Parteiführer begangen. Ich werde eine Aufstellung der Organisationen der einzelnen Parteien machen und sie dem Staatsanwalt einreichen. Wenn die Herren dann auf der Anklagebank gesessen haben und verurtheilt worden sind, werden auch sie wohl das Bedürfnis nach einem neuen Verfassungsrecht empfinden und hier mit uns an einem solchen arbeiten wollen. (Heiterkeit.) Um gegen uns vorgehen zu können, hat man Jahre lang ein ganzes Heer von Spitzeln desolbet und viel Geld angewendet, und was ist dann schließlich dabei herausgekommen? Ich als „rückfälliger Verbrecher“ (Heiterkeit) habe 75 Mark Geldstrafe erhalten, andere Parteigenossen sind billiger taxirt worden. Das Gericht hat eben nur so milde geurtheilt, weil es sich sagte, wo die Sozialdemokraten schuldig sind, sind es die anderen Parteien noch viel mehr. Deswegen ist es nothwendig, daß der Reichstag alles daran setzt, diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen.

Abg. Richter (Frel. Vg.): Wir werden unsere Forderung immer und immer wiederholen. Die Sozialdemokraten wissen sich zu helfen, aber die bürgerlichen Parteien haben das größte Interesse an der Befestigung des § 8. Redner führt einen Fall aus Westpreußen an, in welchem die Polizeiverwaltung die Aufforderung zum Beitritt zu einem Wahlverein und das Einziehen von Mitgliedsbeiträgen als Hauscollekte aufgeföhrt und verboten hat.

Preussischer Minister des Innern Frhr. v. D. Recke verspricht, den vom Vorredner angeführten Fall zu untersuchen. Wahrscheinlich habe es sich nicht nur um die Aufforderung zum Beitritt zum Wahlverein, sondern auch um die Aufforderung zur Zahlung von Beiträgen gehandelt. (Gelächter.)

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.) erklärt, für § 4 zu stimmen, da er dafür ist, daß alle Parteien gleich behandelt werden und den Wunsch hat, daß Vereine und Gesellschaften sich untereinander verbinden dürfen.

Hierauf wird § 4 gegen die Stimmen der paar anwesenden Konservativen angenommen, ebenso ohne Debatte der Rest der Kommissionsbeschlüsse.

Das Haus verläßt sich hierauf auf Freitag 2 Uhr (dritte Lesung des Verfassungsrechts.)

Schluß 5/4 Uhr.

## Deutschland.

△ Berlin, 3. Juni. Der Reichstag nahm heute den in einer Kommission anberathenen Gesetzentwurf eines neuen Reichsverfassungsrechts gegen die konservativen Stimmen an. Hätten die paar Vertreter der Minderheit, die überhaupt anwesend waren,

ble Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt, so wäre die Beratung schon bei der Abstimmung über den ersten Paragraphen zu Ende gewesen. Höchstens 50 Abgeordnete stierten die Reichstagsgebäude. Die Konservativen haben sich vielleicht so großmüthig gezeitigt, um auf gleiches Entgegenkommen in den Fällen rechnen zu dürfen, wo sie selber zur Mehrheit gehören oder eine Mehrheit gebildet haben könnten. An Gelegenheiten, wo die erwartete Erkenntlichkeit von links her sich zeigen könnte, wird es natürlich nicht fehlen. Aber die Dankbarkeit ist keine politische Tugend. Sorgen die Freunde der Reform, der Gewerbenovelle, des Margaritengeetzes u. s. w. nicht rechtzeitig für ein beschlußfähiges Haus, dann dürfen sie sich darauf rechnen, daß Auszubehringstränge bei jeder wichtigen Entscheidung wiederkehren werden. Es ist einfach die Pflicht der Minderheit, dafür zu sorgen, daß jene einschneidenden Gesetze nicht durchgedrückt werden. Die überaus mangelhafte Besetzung des Reichstags in den ersten Sitzungen nach den Ferien erscheint als übles Vorzeichen für die Durchberatung des Hauptwerks der Session, des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Zwar hat sich Herr v. Buol dem Minister v. Bötticher gegenüber dafür verbindlich gemacht, daß die zweite und dritte Lesung des Gesetzbuchs noch im Hochsommer wird vor sich gehen können, aber das letzte Wort in dieser Sache scheint damit doch nicht gesprochen. Das Centrum mag ja glauben, daß manche seiner wichtigen Anliegen in Bezug auf das Eherecht bei den verbündeten Regierungen freundlicheres Gehör finden werden, wenn die Fraktion jetzt nach ihren Kräften dazu verbleibt, daß die Beratung beschleunigt wird. Aber die Rechnung leidet an dem Fehler, daß sie die Opferfähigkeit der Centrunsabgeordneten selber überkätzt, und was die Konservativen anlangt, so sind sie durchaus nicht erbaud von dem Gedanken, das Bürgerliche Gesetzbuch in aller Eile fertigstellen zu sollen. Auch sie haben ihre wichtigsten Forderungen, von denen sie besähten, daß bei beschleunigtem Tempo keine Zeit zu ihrer nachträglichsten Vertretung, geschweige denn zu ihrer Durchsetzung übrig bleiben würde. Verlangt doch die „Deutsche Tageszeitung“ betnahe täglich, daß die zweite und dritte Lesung des Gesetzbuchs bis zum Herbst verschoben werde. Die Möglichkeit, ein beschlußfähiges Haus bis an den August heran zusammenzuhalten, erachten wir für absolut ausgeschlossen. Mit was für Mitteln die widerspenstigen Reichstagsmitglieder zu werden, dafür findet sich eine hübsche Probe in einem großen rheinischen Blatte, wo es u. A. heißt: „In den nächsten Wochen wird sich im Reptower Ausstellungspalast eine Rose nraht entfalten, wie man sie in dieser Schönheit und Ausdehnung schwerlich an vielen Orten wird bewundern können. Unter diesen Umständen in der Reichshauptstadt einige Wochen zu weilen, um eine große nationale That in treuer Pflichterfüllung zu vollziehen, das wird Niemand als ein allzu schweres Opfer betrachten können.“ Auch wir wünschen ganz aufrichtig, daß die Reptower Rosenpracht die Mitglieder des Reichstags hier festhalten und das Jhrige dazu beitragen möge, daß das Bürgerliche Gesetzbuch schon Ende Juli verabschiedet werden kann. Aber es steht zu fürchten, daß jene leuchtende Aussicht doch nicht hinreichen wird, um Unmögliches möglich zu machen. Deshalb sollte uns das verstimrende Schauspiel eines chronisch beschlußunfähigen Reichstags und eines dann doch nothwendig werdenden Abbruchs der Beratung lieber ganz erspart bleiben. In der heutigen Sitzung erregte ein Centrunsabgeordneter berechtigtes Aufsehen durch die anmuthige Gassität, mit der er sich auf einen Federbalm im Saale hingestreckt hatte, um zum Zwecke gesunder Verdauung einen bebaglichen Nachmittagschlaf abzuleiten. Dasselbe haben andere Abgeordnete im April zwar auch schon gethan, aber so ungenant wie dieser süddeutsche Centrunsman war doch noch Keiner.

In der Budgetkommission des Reichstages begann die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke. Der Kriegsminister erklärte, die Durchführung des jetzigen Entwurfs sei mit zweijähriger oder dreijähriger Dienstzeit möglich. Bedingungslos seien die Anfragen wegen der zweijährigen Dienstzeit von keiner Kommandobehörde beantwortet. Ein weiterer Versuch der zweijährigen Dienstzeit scheine nicht in Frage gestellt. Mit dem Säbel brauche man nicht zu rasseln, denn der Friede scheine auf lange Zeit gesichert. Ueber die zweijährige Dienstzeit werde die Regierung bis zum Jahre 1899 nicht zu einem abschließenden Urtheil gelangen. Im Frieden hätte dieselbe sich bewährt, wie es damit im Kriegsfalle stehe, bleibe abzuwarten. Am Schluß der Sitzung brachte Abg. Richter den Antrag ein, in § 39 der Verfassung die Bestimmung über die zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen aufzunehmen. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

B. C. Der andauernd starke Bezug von Industriekohlen in der gegenwärtigen Jahreszeit läßt sehr erhebliche Anforderungen an die Leistungen der Eisenbahnen im Herbst d. J. voraussehen. Daher soll nach Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten nicht nur bei der Ergänzung und Erweiterung des Wagengparks jede unnöthige Verzögerung vermieden, sondern auch mit der Ausführung der im Etat vorgesehenen Ergänzungs- und Erweiterungsanlagen auf den Stationen schleunigst vorgegangen werden. Außerdem hat der Minister angeordnet, daß in den großen Kohlen-Berücksichtigungsbezirken eine erneute eingehende Prüfung der vorhandenen Anlagen auf ihre Zulänglichkeit auch für den Fall besonders starker Verkehrssteigerung vorgenommen wird, und daß, sofern eine außerordentliche Vervollständigung sich schon in diesem Jahre als unumgänglich erweisen sollte, alsbald entsprechende Anträge gestellt werden.

\* Darmstadt, 3. Juni. Die Zweite Kammer, welche am 20. Februar mit 23 gegen 20 Stimmen den Antrag Wasserburg auf Einführung direkter Landtagswahlen angenommen hatte, schloß sich heute mit 20 gegen 12 Stimmen dem ablehnenden Beschlusse der Ersten Kammer in Betreff dieses Antrages an. Der Antrag Wasserburg ist somit von beiden Kammern abgelehnt. Dagegen hielt die Zweite Kammer mit 13 gegen 13 Stimmen ihre frühere Ablehnung des Antrags auf Aufhebung der Weinsteuer aufrecht. Ferner wurde beschloffen, den Zinsfuß der Darlehen aus der Rentenkreditkasse auf 3/4 Prozent, die Amortisation auf 1/2 Prozent und die Belegungsanzahl auf 50 Prozent des Schätzungswertes festzusetzen.

\* Darmstadt, 3. Juni. Oberlandesgerichtsrath Helzinger, früher langjähriges Mitglied der zweiten Kammer, sowie Präsident der hessischen Landessynode, ist heute früh gestorben.

## Ver mis ch tes.

† Aus der Reichshauptstadt, 3. Juni. Der Stadtverordnete Dr. Struß, welcher von der Stadtverordneten-Versammlung zum nabelobeten Mitgliede des Magistrats gewählt worden ist, hat diese Wahl abgelehnt.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Kairo“ ist in Liquidation getreten. Die Blätter erklären dies wie folgt: Die Gesellschaft „Kairo“ ist nur für die Dauer der Ausstellung gegründet und ist nach Schluß der Ausstellung und nach erfolgter Abrechnung wieder auf. Nun schreibt das Gesetz aber für solche Gesellschaften ein „Sperrjahr“ vor, verart, daß ein volles Jahr zur Liquidation erforderlich

ist. Damit sich nun die Gesellschaft „Kairo“ wenigstens im April 1897 auflösen kann, machte sie jetzt bereits in Liquidation treten.

Das Preisrichterkollegium für die Gewerbe-Ausstellung hat sich am Dienstag gebildet. Staatssekretär A. D. Herzog wurde zum ersten Vorsitzenden, Professor W. Hartmann zum zweiten Vorsitzenden, Kaufmann Anton Orlert zum ersten Schriftführer und Fabrikbesitzer Arthur Bergmann zum zweiten Schriftführer gewählt.

Den Schwarzen in der Kolonialausstellung ist das hübsche Malwetter nicht gut bekommen. Man sah auch die Leute meistens innerhalb der Häuser. Sahen sie draußen im Freien, so hielten sie selbst bei Sonnenschein ihre Hände über wärmendes Feuer. Außer leichten Erleichterungsmitteln wird auf die unangenehme Witterung eine ernste Entlastung zurückgeführt, die den 35 Jahre alten Schwarzen Dauerluft betroffen hat. Nachdem er schon vorher den Kopf hatte hängen lassen, hat man ihn Dienstag Abend wegen einer schweren Lungenentzündung in einem Krankenwagen nach der Charitee gebracht.

† Das Wettrennen des Berlin-Botsdamer Reitervereins fand gestern (3. d.) Nachmittag in Gegenwart der Kaiserin auf Sperlingslust bei Neubabelsberg statt. Die Kaiserin überreichte dem Sieger im Rennen um den Kaiserpreis, Major v. Kramsta, den Preis, bestehend in einer von dem Kaiser gestifteten silbernen Zaubrinde. Den Ehrenpreis der Kaiserin, eine grün emailirte Cigarettenbox errang Frhr. v. Dergern. Gegen 6 Uhr begab sich die Kaiserin zum Souper nach der Pfaueninsel. Der Kaiser hatte im Laufe des Nachmittags mit mehreren Marineoffizieren eine Segelpartie auf der Yacht „Royal Louise“ unternommen und sich sodann ebenfalls nach der Pfaueninsel begeben.

† Großer Brand. Aus Schleswig, 3. Juni, wird gemeldet: Ein Feuer im Kopperbusch hat 700 Hektar dieses fiskalischen Tannenwaldes bis auf einen kleinen Rest in Asche gelegt. Von hier und Rendsburg war Militär requirirt.

## Soziales.

Posen, 4. Juni.

\* Personalien. Der Gewerbe-Inspektor Bedmann in Oppeln ist zur Wahrnehmung der Geschäfte eines Regierungs- und Gewerberaths bei den königlichen Regierungen in Posen und Bromberg und in der Eigenschaft als gewerbetechnischer Rath dieser Regierungen, sowie als Aufsichtsbeamter hieher nach Posen versetzt worden. — Der königl. Baugewerkschullehrer Regierungs-Baummeister Meyer in Posen ist zum 1. Oktober d. J. an die Baugewerkschule in Buxtehude versetzt und mit der Leitung dieses Anstalt beauftragt worden.

n. Eine Freibade-Anstalt ist in der Barthe am Elbwaldbor eröfnet worden.

## Aus der Provinz Posen.

ch. Rawitsch, 3. Juni. [Selbstmord.] In der verfloffenen Nacht machte die Ehefrau eines hiesigen Fabrikarbeiters ihrem Leben gewaltthätig ein Ende. Sie erhängte sich am Dien ihrer Wohnung. Die Frau war seit langer Zeit kränklich und litt an Selbstschwäche. Der mit der Frau zusammen in der Stube schlafende Ehemann hat von dem Vorgange nichts gemerkt. Erst als er gegen Morgen erwachte, sah er die Frau am Dien hängen. Er schnitt sie sofort los und zog einen Arzt hinzu, doch konnte letzterer nur bestätigen, daß bereits Todtenstarre eingetreten war. Das Motiv zur That kann nur in der andauernden Krankheit gesucht werden. Die Angaben des Ehemannes, eines sehr ordentlichen Arbeiters, das er fest geschlossen und von dem Vorhaben seiner Frau nichts gemerkt habe, sind glaubhaft, da er Tags über schwer arbeitet.

B. Samter, 3. Juni. [Erstickt. Chausseebau-Vergabung.] Die Anstite, kleinen Kindern zur Verabreichung einen Gummifloren zu geben, hat in Dobroje wo einem Kinde das Leben gekostet. Es hatte den Floren zu tief eingeatmet und erstickt. — Bei der kürzlich vorgenommenen Vergabung des Baues der Reichshaussee Samter-Scharnort an den Windstörbernden sind die Arbeiten und Lieferungen dem Bauunternehmer L. Schuda zu Inowrazlaw übertragen worden.

## Aus den Nachbargebieten der Provinz.

\* Arnswalde, 2. Juni. [Etwas 90 streikende Arbeiter] die sich gestern auf dem Marktplatz aufhielten, lockten eine ganze Anzahl neugieriger Personen zur Stelle. Der Besitzer des Rittergutes Schulzenborn hatte sich der „M. Zg.“ zufolge durch einen Vermittler 30 Männer und 60 Frauen zur Erntearbeit und zur Bearbeitung der Zuckerrüben aus russischen Polen kommen lassen, welche vor sechs Wochen hier eingetroffen waren. Es hatten sich zwischen Arbeitgeber und Arbeitern Differenzen herausgestellt. Vor Kurzem hatten schon einzelne Arbeiter die Arbeit verweigert. Am letzten Sonnabend bei der Lohnzahlung wurde ihnen nur ein kleiner Theil des verdienten Lohnes von der Gutsherrschaft ausbezahlt und bedeutet, daß der restlichen Lohnes sollte zurückbehalten werden, um weitere Arbeitsverhältnisse zu verbüßen. Infolge der gemachten Einwendungen der Arbeiter, daß sie mit dem geringen Gelde nicht leben könnten, kam es zu Streitigkeiten, die zu Gewaltthätigkeiten und Körperverletzungen führten. Sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen kommen nun mit ihrer ganzen Habe hier zur Stadt, um bei der hiesigen Behörde Schutz und das nöthige Reisegeld zur Fahrt nach der Heimath zu erlangen. Um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, waren die hiesigen und die gerade anwesenden fremden Gendarmen requirirt, da der Vorschnitter mit Schlägen bedroht wurde. Die Arbeiter, welche in Schulzenborn blutige Köpfe erhalten, hatten sich vom Arzt untersuchen lassen. Durch Vermittelung der Behörde sind die sämmtlichen Schattler mit dem Abend-10-Uhr-Zuge auf Kosten des Arbeitgebers nach der Heimath befördert worden.

\* Loffow, 3. Juni. [Großfeuer.] Unser Ort wurde heute von einem größeren Schandfeuer heimgesucht. Vormittags gegen 11 Uhr ertönte der Ruf: „Feuer!“ und als die erschreckten Dorfbewohner auf die Straße hinaustraten, stand schon das ganze Gehöft des Koffäthen Herde in Flammen. Im Nu verbrannte sich die Flamme auf das Nachbargehöft, dem Koffäthen Boite gehörig, das ebenfalls vollständig in Asche gelegt wurde. Der herrschenden Windrichtung folgend sprang die Flamme dann über die Straße auf das an der Gabelung der beiden Dorfstraßen gelegene Gehöft des Bauers Herde über, das ebenfalls ein Raub der Flammen wurde. Nach wenigen Minuten schlug auch auf dem Gehöft des Bauern Mann die helle Flamme empor, von wo sie sich unter Umgehung aller massiv gedeckten Gebäude auf das Grundstück des Koffäthen Rütze und das des Paters desselben, Koffäthen Gottfried Rütze, übertrug. In einem Zeitraum von etaxer knappen halben Stunde fanden alle diese Gehöfte in hellen Flammen. Durch den sich weithin bemerkbar machenden Rauch eilten die Spritzen der Nachbarorte Brieskow, Tschekschonow, Unterindow, Krebsjauhe und die Landprize aus Frankfurt a. D. herbei. Die Wehren konnten sich jedoch nur auf das Löschen der brennenden Gebäude beschränken, die in Gefahr stehenden beschränken, an ein Ketten von Gegenständen aus den brennenden Gebäuden war wegen des schnellen Umfängrens des Feuers und der enormen Hitze, die durch brennende Holzstücke, Stroß, Streu u. verursacht wurde.



nicht zu denken. Mit knapper Noth gelang es zwei bettlägerige Kranke aus den brennenden Gebäuden herauszuschaffen. Nachmittags waren die Feuerwehren noch mit dem Löschen beschäftigt. Ueber die Entstehungsurache der Feuer ist noch nichts näheres bekannt, doch wird Selbstentzündung eines Streubausens als solche angenommen. Die Brandstellen bieten ein trostloses Bild der Verwüstung. Im ganzen sind der „Fr. O. Bta.“ zufolge auf 6 Gehöften 6 Wohnhäuser, 5 Scheunen, 7 Ställe und sonstige Gebäude ein Raub der Flammen geworden.

### Telegraphische Nachrichten.

**Wonn, 3. Juni.** Der Afrikareisende Gerhard Rohlfs ist gestern in Künigsdorf bei Godesberg gestorben.

Gerhard Rohlfs, geb. 14. April 1832 in Begelesch, studierte seit 1849 Medizin, kämpfte dann in Algerien in der Fremdenlegion, durchwanderte in Mohammedanertocht 1862 die marokkanische Sahara und drang 1864 über den Atlas bis zur Oase Tuat vor. Eine neue Reise führte ihn 1865 nach Marokko, von da 1866 über Wilma nach Bornu, von wo er sich gegen W. nach dem Tinnu und dem Niger wandte; er fuhr diesen Strom aufwärts bis Kabba und drang durch die Urmälder von Zoruba bis an die Küste von Lagos vor, wo er sich 1867 nach England einschiffte. 1869 begleitete er die englische Armee auf der abissinischen Expedition, brachte 1869 die Gesandtschaft des Kaisers von Preußen für den Sultan von Bornu nach Tripolis, wo er die Nachfolge übernahm, und machte dort eine Reise durch Äthiopien und die Jupiter-Ammon-Oase; 1873-74 belagerte er die Oasen der Libyischen Wüste. Nach einer Reise durch Nordamerika 1875 führte er 1878 eine neue Expedition nach Innerasien, ward aber in der Oase Kusra von den Arabern überfallen und entkam nur mit Lebensgefahr. 1880 überbrachte er einen Brief des Kaisers Wilhelm an den Negus von Abessinien; 1884-85 war er deutscher Generalkonsul in Bangalor, seit 1890 lebte er bei Godesberg. Er hat zahlreiche Reiseberichte geschrieben. (In Wosen ist Rohlfs Mitte der fünfziger Jahre durch einige Vorträge, die er im Verein junger Kaufleute hielt, persönlich bekannt geworden. — Red.)

**Wien, 3. Juni.** Das Abgeordnetenhaus nahm das ganze Patengesetz mit einigen unwesentlichen Abänderungen in 2. Lesung an. Ministerpräsident Graf Bobertlone beantwortete sodann eine Interpellation der Abgeordneten Gyner und Gossens wegen der Wahlen im Wiener Gemeinderath und hob hervor, die Regierung wolle die Staatsgrundgesetze und sei entschlossen, deren Beachtung und Einhaltung zu überwachen. Was jedoch den in der Interpellation berührten Fall betreffe, so liege für die Regierung, so sehr auch der Vorgang zu b. dauern sei, kein Anlaß zu einer Ingerenz vor, da es sich um eine freie Ausübung des Stimmrechts innerhalb einer autonomen Körperschaft handle. Der Ministerpräsident beantwortete ferner eine Interpellation betreffend die Invalideität und Altersversorgung der Privatbeamten, sowie ihrer Wittwen und Waisen. Die Regierung, sagte der Ministerpräsident, wolle dieser Frage ihre Aufmerksamkeit und sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Zwangsversicherung unter Beitragsleistung des Dienstgebers und der Bediensteten jedoch mit Ausschluß eines staatlichen Zuschusses oder einer Garantieleistung von weitgehendem sozialpolitischen Nutzen wäre. An die gesetzgeberischen Arbeiten sollte jedoch erst geschritten werden, wenn die einschlägigen Verhältnisse klargestellt und die zweckdienlichen Daten herbeigeschafft seien. Die Regierung beschloß über diese Verhältnisse eine Spezialerhebung einzuleiten und die Angelegenheit ernsthaft zu verfolgen. Das Haus lehnte die Verhandlung über den die Erhöhung der Beamtengehälter betreffenden Dringlichkeitsantrag fort und nahm den Antrag des Abgeordneten Dr. Promber an, den Budgetauschuss zu beauftragen, sofort die meritorische Berathung der Vorlagen zu beenden und spätestens 14 Tage nach dem Beginn der Session dem Hause darüber Bericht abzustatten. Die Dringlichkeit für die Berathung des Antrages Wobanko, betreffend den Erlaß des Eisenbahnministeriums wegen der Ausfertigung deutscher Legitimationen an Handeltreisende durch die Handelskammer in Prag wurde abgelehnt. Im Laufe der Debatte griffen die jugendlichen Redner Stronsky und Herold den Eisenbahnminister an; Herold hob hervor, die Regierung sei mit solchen Kleinigkeiten auf dem besten Wege, durch den Eisenbahnminister in Böhmen ruiniert zu werden. Die Jungzuehen würden niemals ihren Anspruch auf volle sprachliche Gleichberechtigung aufgeben. Der Eisenbahnminister erklärte, der Erlaß lasse ausdrücklich beide Sprachen zu, verlange jedoch auch deutsche Inschriften. Auf findet die Ausfertigung der Karten in deutscher Sprache gerechtfertigt und erklärt, man wolle von Seiten Böhmens durch solche Zweisprachigkeitsmaßnahmen ein staatsrechtliches Gebiet konstituieren und so Böhmen von seiner Umgebung abheben.

**Wien, 3. Juni.** Blättermeldungen zufolge hat Finanzminister Dr. v. Bilinski in einer gestern stattgehabten Konferenz von Klubmännern erklärt, er werde, wahrscheinlich am Freitag einen Gesetzentwurf auf Erhöhung der Zucker-Ausfuhrvergütungen, welcher Sonnabend durchzuberathen wäre, vorlegen. Ohne daß der Prämiensatz durchzubereiten wäre, sollen die Prämien dadurch bedeutend erhöht werden, daß die Höchstleistung des Staates von 5 auf 9 Millionen Gulden hinauf, gesetzt wird.

**Wien, 3. Juni.** Die Akademie der Wissenschaften wählte in einer gestern stattgehabten außerordentlichen Gesamtsitzung zu Ehrenmitgliedern die Professoren Hering-Selbst, Albrecht Weber-Berlin und zum korrespondirenden Mitgliede Professor van Hoff-Berlin.

**Budapest, 3. Juni.** Das Abgeordnetenhaus nahm den Gesetzentwurf betreffend die Kriminalgerichtsbarkeit in W. h. l. in der Generaldebatte an. Die nächste geschäftliche Sitzung am 10. d. M. stattfinden. Vorher, am 8. Juni, wird die Festsetzung der beiden Reichstagshäuser im neuen Parlamentsgebäude abgehalten werden.

**Budapest, 3. Juni.** König Franz Josef reiste gestern Abend nach Wien und wird am Freitag wieder hierher zurückkehren. Die Königin wird am Sonntag hierher reisen, um den Schulungsurlaub am 8. Juni entgegenzunehmen.

Das Abgeordnetenhaus wird von morgen ab eine Woche lang keine Sitzung halten.

**Rom, 3. Juni.** Die Blätter erklären die Meldung, der Papst habe die Nachricht erhalten, Menelik habe die italienischen Gefangenen freigegeben, für durchaus unzutreffend.

**Maffanah, 3. Juni.** Die Bestattung der Leichen auf dem Schlachtfelde von Abdu vollzieht sich ohne Störung. Am 30. v. M. wurden 1072 Weiße und 39 Eingeborene beerdigt. Die Agroszierung der Gefallenen ist äußerst schwierig, weil die Leichen von Kleidern gänzlich entblößt sind. Im italienischen Lager treffen noch immer frühere Gefangene ein.

**Paris, 3. Juni.** Das Kabinet wird die Vorschläge zur Verfassungsdrevision bekämpfen und die Vertrauens-

frage stellen. — Man spricht von einer Vertagung der Rentensteuer-Vorlage, um es den Generalrathen zu ermöglichen, das Steuerprojekt zu begutachten.

**Paris, 3. Juni.** Bei einem Banquet der britischen Handelskammer hielt Marquis Dufferin eine Rede, in welcher er erklärte, er verlasse mit Bedauern Paris, das er nach jeder Richtung räumen müsse; den französischen Staatsmännern, mit denen er in Verbindung gestanden habe, bewahre er Dankbarkeit. Bei Erörterung der politischen Fragen führte Dufferin aus, ganz Europa sei gegenwärtig nur ein ständiges Feldlager von mehreren Millionen Bewaffneter und die Häfen seien angefüllt mit Panzerschiffen. England, welches sich in einem Falle rechtmäßiger Vertheidigung befinde, habe seine Flotte seinerseits in beschelbener Weise vermehren müssen. Selbst in dem äußersten Osten habe sich die Leidenschaft für die Ausdehnung der Kolonialmacht in unerwarteter Weise entwickelt. Der Erdball gleiche nur noch einem Nervenbündel; der geringste Zwischenfall könne einen allgemeinen Krieg herbeiführen. Die Aufgabe der Diplomaten sei dies zu verhindern. Dufferin schloß mit Ausdrücken der Hoffnung, daß noch auf lange Zeit hinaus weitere gute Beziehungen zwischen Frankreich und England herrschen werden.

**Paris, 3. Juni.** Der Kabitale Pierre Baubin wurde ohne Gegenkandidaten mit 54 Stimmen zum Präsidenten des Pariser Gemeinderaths gewählt.

**Toulon, 3. Juni.** Gestern kam es hier zwischen Steuerbeamten und Schuggalern zu einer blutigen Schlägerei, wobei auf beiden Seiten Revolververletzungen fielen. Ein Schuggaler wurde getödtet. In der Stadt herrscht große Aufregung; man befürchtet für heute Nacht weitere Unruhen.

**Bern, 3. Juni.** Der Ständerath bewilligte heute debattelos die Gewährung eines Zuschusses von 1 Million Francs an den Kanton Basel-Stadt zur Fortführung des Hüningerkanals bis Basel.

**Leeds, 3. Juni.** In einer heute hier abgehaltenen Protestkonferenz gegen die Rückeroberung des Sudans äußerte Morley, die Expedition dürfe sich als ein ebenso großes Unglück für den Ruf Englands erweisen, wie das ähnliche Unternehmen vor 12 Jahren. Niemals zuvor sei das Parlament über eine Angelegenheit so im Dunkeln gelassen worden, niemals habe es eine ungläublichere Aburtheilung gegeben, als die für die Expedition vorgebrachten Gründe. Die einzige Berechtigung für das Verbleiben der Engländer in Aegypten sei, daß England dort ein humanes Werk verrichtet habe. Jedoch werde die Regierung die Gelder aufbrauchen, die für die Verbesserung der Lage der Fellachen nothwendig gebraucht würden.

**Wien, 3. Juni.** Bei der heute stattgefundenen Wahl zum Unterhaus wurde der Liberale Hedderwick mit 212 Stimmen Wehrheit gegen den Antonschen Smith gewählt. Hierdurch haben die Liberalen einen Sitz gewonnen.

**Sofia, 3. Juni.** Der „Mir“ veröffentlicht ein Telegramm des Fürsten Ferdinand aus Moskau an den Ministerrath, welches besagt, er (der Fürst) habe aus Anlaß der Krönung des Kaisers und der Kaiserin von Rußland aus den verschiedensten Theilen Bulgariens Telegramme erhalten, welche Ergebenheit, Liebe und Wünsche für das russische Kaiserpaar ausdrücken. Er habe den Majestäten von diesen patriotischen Kundgebungen Mittheilung gemacht, und diese hätten, tief gerührt, ihn ersucht, Allen ihren Dank zu übermitteln. Er beauftrage den Ministerrath, dieser Mittheilung die weiteste Verbreitung zu geben.

**Peking, 3. Juni.** (Meldung des „Neuerlichen Bureaus“.) Der französische Gesandte hat von den chinesischen Behörden die Erlaubniß für die französischen Ingenieure erhalten, die Eisenbahn zu bauen, welche auf Anordnung der chinesischen Regierung hergestellt wird, um Lang-Tschan mit der französischen Eisenbahn in Tonking zu verbinden.

### Zur Katastrophe in Moskau.

**Moskau, 3. Juni.** Ueber die Ursache der Katastrophe in Moskau meldet der Korrespondent der „Köln. Bta.“, daß behauptet werde, die Wagenführer hätten mit dem Wexen der Bäder, welche Schwarzem enthielten, nicht etwa einen Scherz beabsichtigt, sondern vielmehr einen bestimmten Zweck verfolgt. Die Wagenführer wollten nämlich das Volk zum Sturm und zum Ausrauben der Wagen reizen, um den angeblich großen Schmelzbeitrag bei der Sammellieferung der Festbefestigung zu verbergen. Den nach Brod und Wasser verlangenden Leuten wurde beim Hynraben des Wagenzuges zugerufen: „Da kommt das was uns der Kaiser für heute zugebacht hat! Holen wir es uns gleich!“ worauf die Katastrophe erfolgte. — Dagegen erklären hiesige maßgebende Kreise auf das Bestimmteste, daß die Katastrophe vom Sonnabend keine politische Ursache gehabt, noch politische Folgen haben werde. Die genaueste Untersuchung habe ergeben, daß lediglich die untersten Volksschichten, unterstützt von leichtem Gefindel und Taschendieben die Hauptursache der Katastrophe war. — Der Zar erhielt alsbald die Meldung von der Katastrophe und wollte, auf das Tiefste erschüttert, die Festlichkeiten, namentlich sein Erscheinen Abends auf dem Ballfest der französischen Botschaft absagen lassen. Hiergegen legten sich indes hohe Würdenträger, namentlich der Minister des Inneren ins Mittel, welcher letztere den Besuch aus politischen Gründen für nothwendig hielt.

Sonntag wird die Speisung der Truppen auf Kosten der Stadt abgehalten. Für jeden Mann sind 4 Kopelen ausgelegt, außerdem erhält jeder einen Majorkabecher, einen Teller, Schüssel und Löffel mit dem Moskauer Stadtwappen.

### Zur Lage auf Kreta.

**Konstantinopel, 3. Juni.** Wie die „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel meldet, hätten die nach Kreta entsandten Kriegsschiffe ausschließlich den Auftrag, die dort lebenden Staatsangehörigen zu schützen. Für den Fall des Eintretens ersterer Ereignisse in den kretensischen Hafenstädten hätten die Schiffs-Kommandanten die Instruktion, im gegenseitigen Einvernehmen zweckmäßige Vorkehrungen zu treffen.

Ueber den Entschluß von Vamos fehlen Einzelheiten. Nach Angaben von türkischer Seite zog Abdulla Pascha nach erfolgter Entsetzung mit allen Truppen nach Kalivas. Die Insurgenten kehrten dann zurück und brannten den Konak in Vamos nieder. Die Verbindung von Kanea mit dem Bezirk Apokorona ist vollständig unterbrochen.

**Athen, 3. Juni.** (Telegramm der „Agence Havas“.) Abdulla Pascha wird an der Spitze von 10000 Mann den ganzen westlichen Theil von Kreta besetzen und dort überall den Belagerungsstand proklamieren. — In Pulo

und Pyrgos haben Versammlungen der Kretenser stattgefunden. — Das Gericht von der Mobilisirung zweier Klassen der Reserve ist unbegründet.

### Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechkreis der „Pol. Bta.“  
Berlin, 4. Juni, Vormittags.

Die Angestellten der Berliner Privatpost traten heute in den allgemeinen Ausstand ein.

Bei der Reichstags-Sitzung h. Ruppin-Templin sind bis gestern Abend gezählt: für Plessing 9232, für Arnim 8344 Stimmen.

Nach einer Meldung der „Post. Bta.“ aus Garbenburg in der Pfalz sind dort bei einer Feuersbrunst vier Kinder verbrannt.

**Spandan, 4. Juni.** In einer gestrigen Schöffengerichtsitzung durchschneit sich der „Post. Bta.“ zufolge ein Angeklagter in einem Anfälle von Raserie die Pulsadern und mußte, zusammenbrechend, in ein Krankenhaus gebracht werden.

**Wien, 3. Juni.** Der Finanzminister legte dem Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die zeitweise Aenderung einzelner Bestimmungen des Budgeteretzes vor. — Der Landwirthschafts-Ausschuß nahm eine Resolution an, in welcher die Regierung aufgefordert wird, behufs Unterstützung und Erhaltung der Konfuzensfabrik der heimischen Zucker-Industrie gegenüber dem Auslande provisorische Verfügungen auf die Dauer eines Jahres zu treffen.

**Epwim, 4. Juni.** Der „Persimon“ des Prinzen von Wales gewann das Derby-Kennen unter brausem Jubel der Volksmenge.

**Kairo, 3. Juni.** Die Cholera ist in Kairo und Alexandrien in der Abnahme begriffen.

**Washington, 3. Juni.** Der Senat nahm mit 56 gegen 5 Stimmen die Fluß- und Hafenbill an, dieselbe wird demzufolge trotz des Vetos des Präsidenten Gesetz. Nannmehr wird als sicher angenommen, daß das Komitee für Mittel und Wege des Repräsentantenhauses sich gegen die Bill zur Verhinderung der Bondsausgabe ausspricht.

### Handel und Verkehr.

**\*\* Nachtrag für Fässer.** Die bedeutungsvolle Frage, ob aus der Maß- und Gewichtsordnung gefolgert werden kann, daß es unzulässig sei, Brantwein, Bier oder andere Flüssigkeiten mit Ausschluß der Weine, in ungeachteten Fässern nach deren Raumgehalt zu berechnen, hat am 1. d. M. das Oberlandesgericht Rumburg beschäftigt. Gegen die Fassung der weitbekannten Brantweinverordnung zum Altmeister, Schiff & Sander in Nordhausen, war, wie seiner Zeit berichtet, auf Grund einer Denunziation wegen der genannten angeblichen Gesetzes-Übertretung vorgegangen und vom Schöffens- bez. v. Landgericht in Nordhausen auf eine Geldstrafe von 20 Mark erkannt worden. Die Revisions-Instanz hat unter Aufhebung der Vorentscheidungen die Fassung der Firma Schiff & Sander freigesprochen und die Kosten der drei Instanzen der Staatskasse auferlegt. Das Oberlandesgericht steht auf dem Standpunkt, daß Bier-, Brantwein- und sonstige Fässer der Abpflicht nicht unterliegen, weil sie als Transportgefäße überhaupt der Maß- und Gewichts-Debnung nicht unterliegen.

**\*\* Weisung, 3. Juni.** (Schlußtheil.) Kammer-Terminhandel. La Plata. Grundmutter B per Juni 3,32 1/2, M., v. Juli 3,35 M., per August 3,35 M., per Septbr. 3,37 1/2, M., per Oktbr. 3,40 M., per Novbr. 3,40 M., per Dezbr. 3,40 M., per Jan. 3,42 1/2, M., per Februar 3,45 M., per März 3,47 1/2, M., per April 3,47 1/2, M., per Mai 3,47 1/2, M. — Umsatz: 5900 Kilogramm. Rubig.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni 1896.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm: 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Grad.
3. Nachm. 2	755,1	S mäßig	heiter	+23,3
3. Abends 9	754,9	S schwach	heiter	+19,1
4. Morgs. 7	755,3	S schwach	wolkenlos	+19,1
Am 3.	Juni Wärme-Maximum			+26,3° Cels.
Am 3.	Wärme-Minimum			+12,4°

### Wasserstand der Warthe.

Posen am	3 Juni	Morgens	1,52 Meter
"	"	Mittags	1,52 "
"	"	Morgens	1,38 "

### Produkten- und Börsenberichte.

**Breslau, 3. Juni.** (Schlußtheil.) Fest, still. 3proz. Reichsanleihe 99,65, 3 1/2proz. U.-Anleihen 100,50, Consol. Türken 21,30, Türk. Boote 110,00, 4proz. ung. Goldrente 104,00, Bresl. Diskontobank 119,00, Breslauer Wechselbank 105,25, Kreditaktien 218,00, Schles. Bankverein 130,25, Donnermarkt-Hütte 151,75, Fäbber Maschinenbau —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 153,00, Oberschles. Eisenbahn 83,15, Obereschl. Portland-Zement 121,50, Schles. Zement 183,30, Oppeln-Zement 140,00, Kramsta 141,00, Schles. Zinkaktien 209,00, Laurahütte 154,00, Bresl. Delfabr. 93,25, Oesterreich. Banknoten 170,20, Russ. Banknoten 217,10, Gieseler Cement 116,50, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 99,60, Breslauer elektrische Straßenbahn 186,35, Caro Hegenheldt Aktien 110,00, Deutsche Kleinbahn —, Breslauer Spiritfabrik 132,75, Leipziger elektrische Straßenbahn 163,00.

**London, 3. Juni.** (Schlußtheil.) Rubig. Engl. 2 1/2proz. Consols 103 1/2, Breuss. 4proz. Consols —, Italien. 5proz. Rente 88, Lombarden 8 1/2, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 104 1/2, lomb. Türken 21, österr. Silber —, österr. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 104, 3proz. spanier 63 1/2, 4 1/2proz. Egypter 100 1/2, 4proz. ungar. Egypter 102 1/2, 3 1/2proz. Tribut-Anl. 95 1/2, 6proz. Mexikaner 95 1/2, Ottomanbank 13 1/2, Caanaba Pacific 63 1/2, De Beers neue 30 1/2, Rio Tinto 23 1/2, 4proz. Rupees 63 1/2, 6proz. fund. arg. A. 86 1/2, 5proz. arg. Goldanleihe 84 1/2, 4 1/2proz. ungar. do 57, 3proz. Reichsanl. 93, Griech. 81, Anleihe 31, do. 87er Mosopol-Anl. 35 1/2, 4proz. Griech. 1889er 26 1/2, Bras. 89er Anl. 74, 5proz. Western de Min. 80 1/2, Neue Mexikan. Anleihe von 1893 93 1/2, Pabstkonto 1/2, Silber 31 1/2, Anatolier 90 1/2, Chinesen 109, 6proz. Chinesen (Charterd Bank-Anleihe) 114 1/2, 3proz. ungar. Goldanl. —, Chinesen (neueste) 2 1/2, 3proz. Argio.

**Paris, 3. Juni.** (Schlußtheil.) Fest. 3proz. amort. Rente 100,45, 3proz. Rente 101,95, Italien. 5proz. Rente 89,20, 4proz. ungar. Goldrente 105,00, III. Egypter Anleihe —, 4proz. Russen 1889 103,30, 4proz. ungar. Egypter 103,00, 4proz. span. ä. Anl. 64, lomb. Türken 21,32 1/2, Türken-Boote 114,00, 4proz. Türk. Prioritäts-Obligationen 1890 457,50,



Frankfurt a. M., 3. Juni. (Effekten-Gezetz.) (Schluß.)

Deutsche Kreditbank 285 1/2, Franzosen 308 1/2, Lombarden 38 1/2, Ungar. Goldrente 103,90, Gottlobsbahn 174,70, Diskonto-Kon-

Gamburg, 3. Juni. (Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notizung der Petroleum-Börse.)

Bremen, 3. Juni. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notizung der Petroleum-Börse.)

Bomburg, 3. Juni. (Schlußbericht.) Zuckermarkt. Rüben-Rohzucker I. Produkt

Paris, 3. Juni. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loco 29 1/2, à 29 1/2.

per Juni 29 1/2, per Juli 30 1/2, per Juli-August 30 1/2, per Oktober-Januar 30 1/2.

Paris, 3. Juni. (Schlußbericht.) Weizen loco ruhig, per Juni 18,90, per Juli 19,10, per Juli-August 19,10,

Amsterdam, 3. Juni. Java-Kaffee good ordinary 51 1/2, Amsterdam, 3. Juni. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine

Antwerpen, 3. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Typo weiß loco 16 1/2 bez. u. Dr., per Juni 16 1/2 Dr.,

Liverpool, 3. Juni. Nachm. 4 Uhr 20 Min. (Baumwolle.) Umsatz 14.000 Ballen,

Chicago, 2. Juni. Weizen. Tendenz: stetig, do. per Juni 55 1/2, do. Juli 56 1/2, - Mais. Tendenz: stetig, do. per Juni 27,

Berlin, 4. Juni. Wetter: Feig. Weizen per Juni 64, per Juli 63 1/2.

Berliner Produktenmarkt vom 3. Juni.

Heute liegen nun endlich ein Mal nicht ganz so unvorteilhafte auswärtige Berichte vor wie in letzter Zeit gewöhnlich, auch war in Folge

Weizen loco behauptet, Termine fester. Get. 800 Lo. Roggen loco schwache Kauflust,

Roggen loco 111-120 M. nach Qualität gefordert, Juni 112,75-113,25-113,00 M. bez.,

Maiz loco 90-94 M. nach Qualität gefordert, Juni 89,75 Markt bezahlt.

Safer loco 122-147 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, mittel und unter oft

Erbsen. Kochwaare 143-160 M. per 1000 Kilogr. Futterwaare 121-132 M. per 1000 Kilo

Rehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,75-19,00 Markt bez., Nr. 0 und 1: 17,00-14,00 M. bez.,

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Weizen auf 149 M. per 1000 Kilo,

Table with columns for Bank-Diskont, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenb.-Prioritäts-Obligat, and other financial data.

Table with columns for Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenb.-Prioritäts-Obligat, and other financial data.

Table with columns for Bergwerke- u. Hütten, Industrie-Papiere, and other financial data.